

---

# Jugend und politische Partizipation in Deutschland und Europa

Wolfgang Gaiser, Winfried Krüger, Johann de Rijke und Franziska Wächter

## Zusammenfassung

Der empirisch orientierte Beitrag geht zunächst auf das politische Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein. Dann wird die breite Palette partizipatorischer politischer Verhaltensweisen von der Wahl bis zur Demonstrationsteilnahme und zum Konsumboykott betrachtet. Die Nutzung moderner Kommunikationstechnologien und sozialer Medien für politische Partizipation wird erörtert. Ein eigener Abschnitt widmet sich dem Thema Jugend und Politik in europäischer Perspektive. Abschließend werden Überlegungen formuliert, wie Politik und Praxis auf das besondere Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik eingehen könnten. Als Basis werden Daten aus empirischen Studien zu Jugendlichen in Deutschland sowie EU-weite Erhebungen bei Jugendlichen genutzt.

---

## 1 Einleitung

Dieser Beitrag<sup>1</sup> beschäftigt sich mit einigen empirischen Facetten von Jugend und Partizipation in Deutschland und Europa. Zunächst wird auf die Bedeutung eingegangen, die Jugendliche und junge Erwachsene der Politik in ihrem Leben einräumen (Abschnitt 2). Der breiten Palette partizipatorischer politischer Verhaltensweisen ist der dritte Abschnitt gewidmet. Diese reicht von der Wahl als konventioneller Beteiligungsform bis hin zum Protest, zur Teilnahme an Demonstrationen oder auch zum Konsumboykott als Formen eher unkonventioneller Partizipation. Kur-

---

1 Er basiert in Teilen auf dem Beitrag von Gaiser et al. (2013).

sorisch wird hier auch die Nutzung sozialer Medien für jugendliches Engagement auf der technischen Grundlage des Internets behandelt. Auf Jugend und Politik in europäischer Perspektive wird im vierten Abschnitt eingegangen. Abschließend werden einige Überlegungen formuliert, wie Gesellschaft und politische Akteure auf das erkennbar besondere Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik eingehen könnten.

Grundlage der Analysen sind die Daten verschiedener empirischer Untersuchungen. In erster Linie sind dies der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts sowie der DJI-Survey AID:A.<sup>2</sup> Außerdem werden Ergebnisse der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) genutzt.<sup>3</sup> Soweit ergiebig, werden auch die Shell-Jugendstudie (Shell Deutschland 2010) herangezogen sowie EUYOPART (2004)<sup>4</sup> und verschiedene jugendbezogene Erhebungen der Europäischen Kommission. Die Anlage dieser Untersuchungen erlaubt es, auch Aussagen über Entwicklungen im Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik in den letzten zwei Jahrzehnten zu treffen.

---

## 2 Politisches Interesse

Zu den subjektiven Dispositionen junger Menschen, die das Ausmaß ihrer politischen Involvierung, d. h. ihrer Hinwendung bzw. ihrer Distanz zur Politik beschreiben, gehört zum einen die Wichtigkeit von Politik in Relation zu anderen

---

2 Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sowie der DJI-Survey AID:A 2009 „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (kurz AID:A) sind große replikative Forschungsprojekte, die im Rahmen der Sozialberichterstattung des DJI durchgeführt werden (Projekthomepage: [www.dji.de/jugendsurvey](http://www.dji.de/jugendsurvey) und [www.dji.de/aida](http://www.dji.de/aida)). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt diese Forschung im Rahmen der Finanzierung des DJI. In den ersten beiden Wellen des DJI-Jugendsurvey, die 1992 und 1997 im Feld waren, wurden jeweils ca. 7000 16- bis 29-jährige deutsche Personen befragt (Hoffmann-Lange 1995; Gille und Krüger 2000), in der dritten Welle 2003 ca. 9100 12- bis 29-Jährige mit deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Im DJI-Survey AID:A 2009 wurden aus 25.000 Haushalten alle Altersgruppen zwischen null und 55 Jahren befragt, 7.689 Personen in der Altersgruppe von 16 bis 29 Jahren.

3 Mit der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wird seit 1980 alle zwei Jahre ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur mit einem teils konstanten, teils variablen Fragenprogramm befragt (vgl. [www.gesis.org/dienstleistungen/daten/umfragen/daten/allbus](http://www.gesis.org/dienstleistungen/daten/umfragen/daten/allbus)).

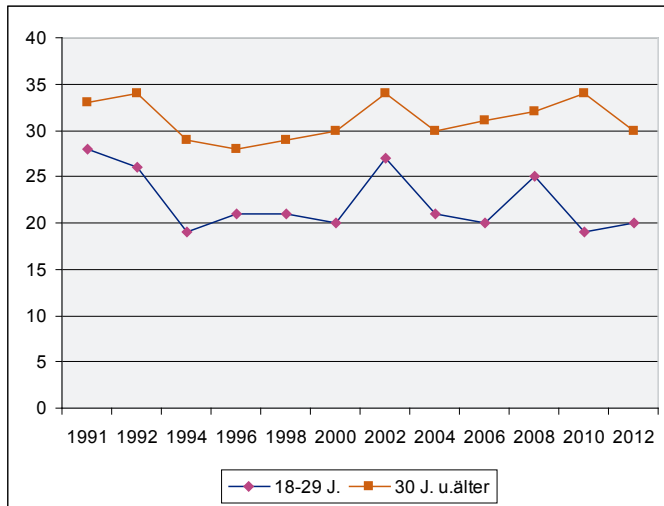
4 Siehe hierzu Fußnote 10 in diesem Beitrag.

Lebensbereichen, zum anderen das politische Interesse. Ein solches Interesse, das die Aufmerksamkeit gegenüber politischen Belangen meint, damit also eher kognitive Aspekte der politischen Involvierung betrifft, gilt als eine wichtige Voraussetzung für politisches Engagement. Das politische Interesse ist ein wesentlicher Hinweis darauf, ob das politische Geschehen von den Bürgern als etwas betrachtet wird, das für sie wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls auch dafür zu engagieren. Beide Aspekte der politischen Involvierung – die Wichtigkeit des Lebensbereichs Politik sowie das politische Interesse – werden in diesem Abschnitt in ihrer Bedeutung bei 16- bis 29-Jährigen seit Beginn der 1990er Jahre dargestellt, um die Frage beantworten zu können, ob es Tendenzen eines Rückzugs junger Menschen von der Politik gibt.

Politik gehört neben Kunst und Kultur sowie Religion zu den am wenigsten bedeutsamen Lebensbereichen für junge Menschen, so die Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys sowie des DJI-Surveys AID:A (vgl. Gaiser et al. 2011). Der niedrige Stellenwert von Politik, im Vergleich vor allem zur Familie, zum Freundeskreis und zum Beruf, hat sich im Zeitraum von Anfang der 1990er Jahre bis 2009 kaum verändert.

Das politische Interesse der Bürger wird in repräsentativen Bevölkerungsumfragen seit Beginn der 1950er Jahre durch die Frage erfasst „Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?“. In den letzten Jahrzehnten hat der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessieren, immer wieder und vor allem in den jüngeren Altersgruppen geschwankt (vgl. Gaiser et al. 2006; Hoffmann-Lange und Gille 2008).

Die Entwicklung zeigt, dass das politische Interesse zu Beginn der 1990er Jahre besonders hoch war und dies sowohl bei west- und ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen (vgl. Gaiser et al. 2012, S. 321ff.). In den folgenden zwei Jahrzehnten werden Schwankungen erkennbar, wobei das politische Interesse der jungen Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern immer geringer ist als bei der westdeutschen Vergleichsgruppe. In der Zeitspanne von 2003 bis 2009 ist in den DJI-Surveys eine Zunahme des Interesses zu beobachten. Auch in der 16. Shell-Jugendstudie wird ein Anstieg des politischen Interesses bei 12- bis 25-Jährigen zwischen 2006 und 2010 konstatiert. Allerdings gehe diese Zunahme in erster Linie auf das Konto der ganz jungen, unter 18-Jährigen, stellen Hurrelmann et al. in einer neuerlichen Datenanalyse der Shell-Studien fest (siehe den Beitrag von Klaus Hurrelmann, Mathias Albert und Gudrun Quenzel in diesem Band).



**Abb. 1** Politisches Interesse (sehr stark/stark, in Prozent) 1991 bis 2012

Quellen: ALLBUS 1991, 1992 bis 2012 (zweijährlich), eigene Berechnungen

Auch die ALLBUS-Umfragen dokumentieren für die Altersgruppe der 18-29-Jährigen<sup>5</sup>, dass das politische Interesse immer wieder Schwankungen unterliegt (vgl. Abbildung 1). In der Tendenz lassen auch diese Daten keine Aussage einer kontinuierlichen Abnahme des politischen Interesses bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu. Im Gegensatz dazu konstatiert der 12. Studierendensurvey<sup>6</sup> für den Zeitraum von 2001 bis 2013 allerdings eine starke Abnahme des Interesses bei Studenten und Studentinnen am politischen Geschehen (vgl. Ramm et al. 2014, S. 60ff.). Die Autoren vermuten, dass hierfür das Zusammenwirken von drei Bedingungen verantwortlich sei: die zunehmende Komplexität und Unübersichtlichkeit

5 Eigene Berechnungen.

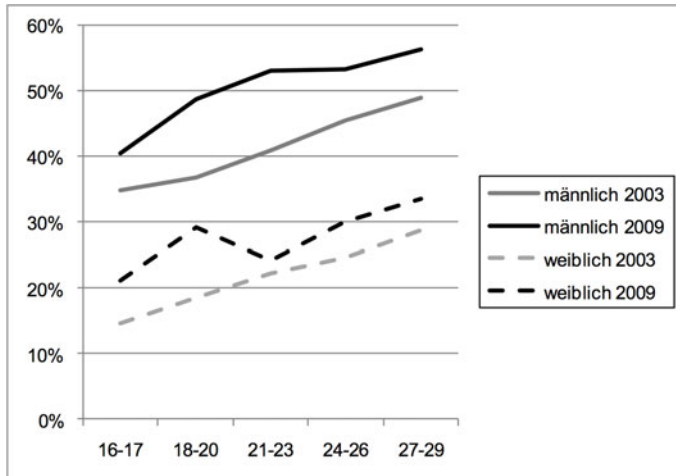
6 Der Studierendensurvey ist eine Langzeitstudie an Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland. Er besteht seit Anfang der 1980er Jahre und ist die umfassendste Dauerbeobachtung zur Entwicklung der Studiensituation an den Hochschulen in Deutschland. Die erste Befragung fand im WS 1982/83 statt, die weiteren Erhebungen im Abstand von zwei bis drei Jahren. Im WS 2012/13 wurde der 12. Studierendensurvey durchgeführt. Der Studierendensurvey wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Durchführung und Berichterstattung liegen bei der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz.

von Politik, ein allgemeiner Trend zu politischer Passivität und schließlich die stärkere zeitliche Einbindung der Studierenden in ihr Studium, die die Zeit für andere Interessen verringert.

Jugendliche und junge Erwachsene mit höheren Bildungsabschlüssen schreiben der Politik im Vergleich mit anderen Lebensbereichen mehr Bedeutung zu als diejenigen mit niedrigeren Bildungsqualifikationen, ebenso wie männliche Jugendliche im Vergleich zu weiblichen. Die gleichen Effekte lassen sich beim politischen Interesse beobachten.

Beim Thema Jugend und Politik geht es neben den Effekten der Geschlechtszugehörigkeit und des Bildungsniveaus auch um Alterseffekte. Aufmerksamkeit für politische Belange zu entwickeln, setzt eine gewisse Lebenserfahrung voraus. Die jüngeren Altersgruppen haben ein deutlich geringeres politisches Interesse als die älteren. Die generell geringere politische Interessiertheit der jüngeren Altersgruppen ist darauf zurückzuführen, dass das Verständnis für Politik das Ergebnis eines längeren Sozialisationsprozesses ist, in dessen Verlauf Jugendliche sich Wissen aneignen, zunehmend in öffentliche Räume hineinwachsen und schließlich Verantwortungen im familiären, beruflichen und öffentlichen Bereich übernehmen. Zudem begünstigt eine längere Bildungsphase, also der Erwerb einer höheren formalen Bildung, die Aufgeschlossenheit junger Menschen gegenüber der Politik. Politisches Interesse und Bildungsniveau hängen deshalb eng miteinander zusammen: Der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einem starken politischen Interesse ist bei denjenigen mit Fachhochschulreife bzw. Abitur am größten und bei denjenigen mit Hauptschulabschluss bzw. ohne Abschluss am kleinsten.

In Abbildung 2 ist das politische Interesse in Abhängigkeit vom Alter der Befragten dargestellt, wobei hier nur diejenigen Befragten berücksichtigt wurden, die das Abitur bzw. die FH-Reife anstreben bzw. erworben haben. Überraschend ist, dass das seit vielen Jahrzehnten gestiegene Bildungsniveau junger Frauen nicht zu einer Annäherung der politischen Interessiertheit von jungen Frauen und Männern führt. Zwar hat die Bildungsexpansion in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten zu einer Erhöhung des Niveaus an politischer Interessiertheit in der Bevölkerung geführt und generell unterstützen qualifizierte Bildungswege die Aufgeschlossenheit gegenüber Politik, aber diese Faktoren tragen offensichtlich nicht zu einer Annäherung in der politischen Involvierung von Männern und Frauen bei (vgl. Westle 2009). Trotz der Angleichung des Bildungsniveaus zwischen den Geschlechtern und des Wandels der Frauenrolle liegt das explizit geäußerte politische Interesse der Mädchen und jungen Frauen nach wie vor deutlich unter dem der jungen Männer. Möglicherweise ist dies darauf zurückzuführen, dass sich männlich dominierte Strukturen des politischen Systems, die gesetzten traditionellen Themen sowie die beteiligten – männlichen – Akteure nach wie vor erhalten haben.



**Abb. 2** Höchste Bildungsgruppe (FH-Reife/Abitur): Sehr starkes/starkes politisches Interesse nach Altersgruppen und Geschlecht (in Prozent), 2003 und 2009

Quellen: DJI-Jugendsurvey 2003 und AID:A-DJI-Survey 2009; 16- bis 29-Jährige.

In der Shell-Jugendstudie 2010 findet man vergleichbare Hinweise auf Einflussfaktoren zum politischen Interesse. Hierbei werden Alter, Geschlecht, Bildung und die soziale Stellung des Elternhauses hervorgehoben. Im Querschnitt zeige sich, so wird resümiert, „dass die politische Sozialisation von Jugendlichen maßgeblich auf der Bildung, der Bildungsherkunft und zusätzlich auf dem spezifischen Einfluss des Elternhauses basiert“ (Shell Deutschland 2010, S. 131).

### 3 Politische Partizipation

Handlungen der Bürger, welche auf politische Beteiligung abzielen, spielen in der Demokratie eine zentrale Rolle. Seit den 1970er Jahren hat sich das Partizipations-repertoire in westlichen Demokratien stark erweitert. Neben die wahlbezogenen und parteibezogenen Aktivitäten sind Protestaktionen, Mobilisierungsaktivitäten sowie infolge der Bildungsexpansion eine ‚kognitive Mobilisierung‘ getreten, die zu einer grundsätzlich stärkeren Beachtung des Politischen geführt hat. Der Begriff der kognitiven Mobilisierung wurde von Ronald Inglehart in seiner The-

orie des Postmaterialismus eingeführt (und von Russell Dalton weiterentwickelt) und bezeichnet die durch eine höhere Bildung und den Wertewandel stärkere subjektive Hinwendung von Bürgern zur Politik, in Form von Interessiertheit, Kommunikation und damit differenzierterem Verständnis, was zu einer größeren Offenheit gegenüber neuen Formen politischer Partizipation führen kann (vgl. Hoffmann-Lange et al. 1995). Außerdem haben in den grundlegenden Werten die so genannten postmaterialistischen Werte ein stärkeres Gewicht bekommen. Die enge Blickrichtung ausschließlich auf Wahlen als Merkmal und Garant von Demokratie hat sich damit erweitert. Es wurde sogar davon gesprochen, dass der Charakter der Demokratie sich verändert habe, von der repräsentativen Demokratie hin zu einer „monitorischen Demokratie“ (Keane 2009a). Hierbei spielen Aktivitäten und Gruppierungen, welche die konkrete Politik kritisch und genau beobachten, im politischen Prozess eine zunehmende Rolle.

Für die Zivilgesellschaft und eine starke Demokratie (vgl. Barber 1994) hat die politische Partizipation vor allem auch der nachwachsenden Generation eine hervorgehobene Bedeutung. Im Folgenden wird deshalb das vielfältige und breite Repertoire politischer Verhaltensweisen junger Menschen dargestellt. In diesen Verhaltensweisen sind somit Konzepte und Handlungsversuche zu erkennen, mit denen politische Einstellungen zur Geltung gebracht werden. Als Differenzierungsfaktoren werden auch hier geschlechtsspezifische Unterschiede, der Einfluss von Bildung und das politische Interesse berücksichtigt. Die verschiedenen Partizipationstypen lassen sich kategorial gegeneinander abgrenzen: Bürger können neben institutionellen Formen der Beteiligung (konventionelle Formen), wie z. B. Wahlen, auch Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung (unkonventionelle Formen) wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Proteste und politisches Konsumverhalten nutzen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen und damit am politischen Leben teilzuhaben. Manche Partizipationsformen setzen ein kontinuierliches Engagement voraus (z. B. Mitarbeit in einer Partei), andere kommen in punktuellen Aktionen zum Ausdruck. Es geht im zweiten Fall um politische Handlungen und Positionsbekundungen, die nur einen zeitlich begrenzten Aufwand erfordern und der Unterstützung oder Artikulation politischer Ziele dienen. Im Folgenden werden sowohl die Aktivitäten als auch die Bereitschaft dazu dargestellt. Die Differenzen zwischen der geäußerten Bereitschaft und dem berichteten Handeln sind zumeist beträchtlich.

Nach Ergebnissen der AID:A-Studie steht die Beteiligung an Wahlen – sowohl was die Bereitschaft dazu angeht, als auch hinsichtlich der tatsächlichen Handlung – mit Abstand an erster Stelle der Partizipationsformen (94 Prozent bzw. 87 Prozent; vgl. Tabelle 1). Bei den in Betracht gezogenen Partizipationsformen steht die Beteiligung an Unterschriftensammlungen an zweiter Stelle (87 Prozent), gefolgt

von der Bereitschaft, sich an genehmigten Demonstrationen (65 Prozent) und in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen zu beteiligen (53 Prozent). Die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen wäre bereit, aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren zu boykottieren bzw. bewusst zu kaufen, also den so genannten „Buycott“ zu betreiben; ebenso viele können sich die Beteiligung an einer Online-Protestaktion vorstellen. Auch politisch motivierte Mitarbeit in einer Bürgerinitiative käme für fast zwei Fünftel (39 Prozent) infrage. Andere institutionalisierte Partizipationsformen, wie z. B. die aktive Mitarbeit in einer Partei, finden sich demgegenüber deutlich weniger im Verhaltensrepertoire junger Menschen (22 Prozent). Noch etwas geringer ist die Bereitschaft zu politischen Aktionen, die sich an der Legalitätsgrenze bewegen: 20 Prozent wären demnach bereit, sich an einer nicht-genehmigten Demonstration zu beteiligen.

**Tab. 1** Politische Partizipation: Bereitschaften und Aktivitäten, 18- bis 29-Jährige (in Prozent)

	Kommt in Frage	Bereits gemacht
Sich an Wahlen beteiligen	94	87
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	87	75
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	65	43
Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen	53	34
Aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottieren oder kaufen	51	37
Sich an einer Online-Protestaktion beteiligen	50	25
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	39	5
In einer Partei aktiv mitarbeiten	22	4
Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	20	7

Quelle: AID:A – DJI-Survey 2009; n=6.454

Frage: „Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollen: Welche der Möglichkeiten käme für Sie in Frage und welche nicht?“ Für alle genannten Bereitschaften erfolgte dann die Nachfrage: „Welche der genannten Möglichkeiten, haben Sie schon einmal gemacht bzw. waren Sie schon einmal beteiligt?“. Dargestellt sind die Anteile von „Kommt in Frage“ und „Bereits gemacht“ an allen Befragten.



Vergleicht man die Handlungsbereitschaften mit dem tatsächlichen Handeln, so wird deutlich, dass außer bei der Beteiligung an Wahlen und bei Unterschriftensammlungen erhebliche Differenzen bestehen (vgl. Tabelle 1). Diese lassen sich mit der generellen Diskrepanz zwischen Wollen und Tun, aber wohl auch auf fehlende Gelegenheitsstrukturen für ein konkretes politisches Handeln zurückführen. Ungeachtet dessen wird darin aber auch das hohe Potenzial an Engagement deutlich, dessen Realisierung durch Politik und Praxis gezielt gefördert werden könnte. Eine „Black Box“ tut sich auf, wenn man die Frage zu den Bereitschaften und Aktivitäten genauer betrachtet. Welche Themen und Anlässe sind es, die junge Menschen zu einem Sich-einbringen-Wollen und dann auch folgendem Tun bringen? Ist „der“ Politik dieses Potenzial an (motivierenden) Themen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bekannt? Und wenn ja, wie verhält sie sich dazu? Ist sie in der Lage und auch bereit, durch ein Aufgreifen auch „experimentierfreudige“ Partizipation junger Menschen zu fördern?

Es erweist sich, dass politisch interessierte junge Menschen häufiger als jene, die sich als politisch desinteressiert einstufen, das Beteiligungsrepertoire nutzen. Höhere Bildungsressourcen vergrößern die Wahrscheinlichkeit, ein breites Spektrum von politischen Aktivitäten auszuüben. Geschlechtsspezifisch werden die unterschiedlichen Zugangschancen von jungen Frauen und Männern erkennbar: Parteiarbeit ist eher „Männersache“, ebenso wie die Bereitschaft, sich in öffentlichen Versammlungen im Hinblick auf bestimmte politische Themen einzubringen. Parteiarbeit, interpretiert als eine „Unternehmenskultur“, ist geprägt durch spezifische Überzeugungen, Werte, auch Symbole und Handlungsweisen, die sich über die Zeit durch Aufgaben und das „Personal“ herausgebildet haben. Diese Regeln der „Kultur“ sind nicht für jedermann – jede Frau – ohne weiteres zugänglich. Politische Strukturen für (junge) Frauen zu öffnen, bedeutet daher auch, spezifisch auf diese Kultur zugeschnittenes „mikropolitischen Handeln“, d. h. strategische Vorgehensweisen und Taktiken in das eigene Handlungsrepertoire aufzunehmen – um sich einbringen zu können, „Spiele“ mitzuspielen und die eigene (Macht-)Position zu erlangen, zu festigen oder gar auszubauen.

Auch bei Online-Protestaktionen sind deutlich mehr männliche Jugendliche aktiv. Junge Frauen dagegen beteiligen sich häufiger an Unterschriftensammlungen sowie an Aktionen des zielgerichteten politischen Konsums. West- und ostdeutsche junge Menschen schließlich unterscheiden sich hinsichtlich ihres Partizipationsprofils kaum. Nur im Hinblick auf den politischen Konsum zeigt sich eine größere Distanz bei den jungen Bürgern aus den ostdeutschen Bundesländern. Diese Form der Artikulation politischer Kritik und Einflussnahme auf gesellschaftliche Prozesse ist relativ neu und im Effekt durchaus nicht irrelevant und soll deshalb im Folgenden genauer betrachtet werden.

### 3.1 Politischer Konsum

Ein theoretisch und methodisch spezifischer Aspekt der Forschung zur Partizipation von Jugendlichen bezieht sich auf die Rolle des Bürgers als Konsument. Dabei geht es um Formen unkonventioneller Beteiligung, die als „politischer Konsum“ thematisiert werden (vgl. grundlegend Stolle et al. 2005). Damit sind Kaufentscheidungen gemeint, die nicht nur nach ökonomischen Kriterien vorgenommen werden, sondern in einem weiteren Sinne „politische Motive“ enthalten. Durch Kommunikation und in organisierten Kampagnen unterstützt, handelt es sich etwa um politische motivierte Boykottaktionen gegen bestimmte Produkte oder Firmen, um damit z. B. sozial unverträgliche Arbeitsbedingungen bei der Herstellung bestimmter Produkte anzuprangern und so auf ihre Verbesserung zu drängen. Aber auch die Unterstützung von bestimmtem Konsum, etwa „fair“ gehandelte und produzierte Nahrungsmittel, können politisch motiviert sein und als „Buycott“ propagiert werden. Nach Tabelle 1 haben immerhin schon 37 Prozent der 18- bis 29-Jährigen in dieser Weise ihrer politischen Haltung Ausdruck verliehen.

Die Frage, die sich im Zusammenhang mit der Bandbreite politischer Partizipation insgesamt stellt, lautet: Sind solche neuen Beteiligungsformen eine Ergänzung und Variation der bekannten unkonventionellen Partizipationsformen (wie Demonstrationen oder die Beteiligung an Unterschriftensammlungen), oder stellen sie eine weitere Dimension von Partizipation dar, die auch unabhängig von den anderen zu betrachten sind und unterschiedlich motiviert sein können?

Es zeigte sich Folgendes (ausführlicher vgl. de Rijke et al. 2008, S. 291ff.): Für die klassischen Partizipationsitems (siehe Tabelle 1), wie sie auch Bestandteil des Instruments im DJI-Jugendsurvey 2003 waren, konnten datenanalytisch drei Dimensionen identifiziert werden, die Items des politischen Konsums aber bündelten sich unabhängig davon zu einer eigenständigen vierten Dimension.<sup>7</sup> Somit kann die These, dass sich im politisch motivierten Konsum ein spezifisches politisches Handeln ausdrückt, bestätigt werden.<sup>8</sup> Auf diese Erweiterung des Verhaltensreper-

---

7 Die Dimensionen können wie folgt beschrieben werden: Politische Kommunikation (Briefe/Mails an Politiker schreiben, Leserbrief schreiben), unkonventionelle legale politische Partizipation (Teilnahme an genehmigter Demonstration, sich an Unterschriftensammlung beteiligen), unkonventionelle politische Partizipation über Legalität hinausgehend (Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration, Teilnahme an Aktionen mit Sachbeschädigung), und schließlich politischer Konsum (Produkte aus politischen Gründen gekauft, Produkte aus politischen Gründen boykottiert).

8 Zu einem Hinweis auf unterschiedliche Motivationsaspekte dieser neuen Partizipationsformen, im Vergleich zu den „traditionellen“ der unkonventionellen oder auch konventionellen politischen Partizipation vgl. de Rijke (2009).

Politische Beteiligung junger Menschen  
Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien

Tremmel, J.; Rutsche, M. (Hrsg.)

2016, VII, 498 S. 16 Abb., 1 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-10185-5